

Ihre Story, Ihre Informationen, Ihr Hinweis? feedback@20minuten.ch

SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

28. Juni 2011 10:19; Akt: 28.06.2011 10:29

Wer abtreibt, soll künftig selber bezahlen

von Ruedi Studer - Nächste Woche wird die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» eingereicht. Abtreibungen sollen nicht mehr von der Grundversicherung bezahlt werden.



Kurz vor der Abtreibung: Ein Arzt bereitet einen Schwangerschaftsabbruch vor. (Bild: Keystone)

Der jahrzehntelange Streit um Abtreibungen geht in eine neue Runde: Am 4. Juli wird die eidgenössische Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» eingereicht, wie Dominik Müggler vom Initiativkomitee gegenüber 20 Minuten Online bestätigt. «Das Initiativkomitee wird der Bundeskanzlei gegen 110 000 beglaubigte Unterschriften überreichen können», freut sich Müggler, der den abtreibungskritischen Verein «Mamma» präsidiert.

Die vor allem von christlichen und konservativen Kreisen getragene Initiative verlangt, dass Abtreibungen künftig nicht mehr von den Krankenkassen über die obligatorische Grundversicherung bezahlt werden müssen, sondern von den Betroffenen selbst – entweder aus dem eigenen Sack oder über eine Zusatzversicherung. «Eine solche Versicherung würde zwei bis drei Franken im Monat kosten», meint Müggler.

Für die Initianten steht allerdings nicht der finanzielle Aspekt im Vordergrund, sondern der ethisch-moralische. «Es geht um die Gewissensfreiheit», sagt die Solothurner CVP-Nationalrätin Elvira Bader, Co-Präsidentin des Initiativkomitees. «Ich will nicht gezwungen sein, etwas mitzufinanzieren, das ich nicht vertreten kann.» Noch deutlicher wird der fünffache Familienvater Müggler: «Abtreibungen sind für mich ein verabscheuungswürdiges Unrecht. Dass ich gezwungen bin, mit meinen Krankenkassenprämien Abtreibungen anderer mitzuberappen, ist für mich nicht akzeptabel.»

«Dieselben Fundis»

Bei Frauenrechtlerinnen stösst das neue Volksbegehren auf Widerstand: «Ich habe stets gehofft, dass die Initiative nicht zustande kommt. Es sind wieder dieselben Fundis, die eigentlich ein Totalverbot für Abtreibungen wollen», sagt Anne-Marie Rey, die ehemalige Co-Präsidentin der mittlerweile aufgelösten Schweizerischen Vereinigung für Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs.

Wenig begeistert über die Initiative zeigt sich auch die Zürcher alt SP-Nationalrätin



Mit ihrem Vorstoss legte sie 1993 den Grundstein für die heute geltende Fristenregelung: alt Nationalrätin Barbara Haering (SP). (Bild: Keystone)



Mit seiner Initiative verlangt er, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr von der Grundversicherung bezahlt werden: Abtreibungsgegner Dominik Müggler. (Bild: pd)

Jahrzehntelanges Ringen

Seit gut 40 Jahren wird in der Schweiz politisch über die Abtreibungsfrage gestritten. Den Auftakt machte die 1971 lancierte Volksinitiative «für Straflosigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung». Die radikale Forderung nach grundsätzlicher Straffreiheit hatte im Parlament aber keine Chance. Daraufhin wechselten die Initianten ihre Strategie, indem sie neu eine Initiative «für eine Fristenlösung» lancierten und die radikalere Initiative später zurückzogen. In der Volksabstimmung 1977 scheiterte die Fristenlösung mit 52 Prozent Nein nur knapp.

Im Jahr darauf fiel beim Volk mit 69 Prozent Nein das von progressiver wie auch von konservativer Seite bekämpfte Gesetz «über den Schutz der Schwangerschaft und die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs» durch, welches Abtreibungen nicht nur aus medizinischen, sondern auch aus sozialen Gründen zulassen wollte. Die Abtreibungsgegner versuchten ebenfalls mit Volksinitiativen ihre Forderungen durchzusetzen. Die 1980 eingereichte Initiative «Recht auf Leben», welche den Schutz des Lebens des Menschen von dessen Zeugung bis zu seinem natürlichen Tode postulierte, scheiterte 1985 mit 69 Prozent Nein.

Die heute geltende Lösung geht auf eine Parlamentarische Initiative der damaligen Zürcher SP-Nationalrätin Barbara Haering aus dem Jahr 1993 zurück. Nach langem Ringen verabschiedet das Parlament 2001

Barbara Haering. Sie ist quasi die «Mutter» der heute geltenden Fristenregelung, wonach der Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen straflos ist, sofern die schwangere Frau eine Notlage geltend macht. 1993 hatte sie eine entsprechende Parlamentarische Initiative eingereicht, 2002 sagte das Volk in einer Abstimmung deutlich ja zur Fristenregelung. «Wir haben akzeptiert, dass eine Frau nicht nach dem Motto «Mein Bauch gehört mir» frei entscheiden kann, sondern dass der straflose Schwangerschaftsabbruch nur in einer medizinischen oder seelischen Notlage geltend gemacht werden kann», so Haering. Diese müsse eine Betroffene zudem schriftlich bezeugen. «Das war bereits ein Kompromiss», betont die ehemalige Nationalrätin.

Eine Frau nehme nie ohne Not einen Schwangerschaftsabbruch vor, daher sei es auch richtig, dass die Grundversicherung die Kosten übernehme, argumentiert Haering: «Es handelt sich nicht um eine Schönheitsoperation.» Würde die Initiative umgesetzt, sei ein «Schwarzmarkt für Schwangerschaftsabbrüche» zu befürchten, welcher vor allem von finanziell schwächeren Frauen genutzt werden müsste.

«Schwangerschaftsabbrüche sind günstig»

Eine Argumentation, welche Müggler nicht gelten lässt: «Heute gibt es in der Schweiz rund 11 000 Abtreibungen pro Jahr. Das sind keineswegs alles Notsituationen», sagt er. Zudem würden Frauen nur dann zu Kurpfuschern gehen, wenn Abtreibungen verboten würden. «Die Volksinitiative verbietet Abtreibungen nicht, sondern will nur die Finanzierung neu regeln.»

Wenn es zum Abstimmungskampf kommt, ist für Ex-Politikerin Haering indessen klar: «Dann werde ich mich aktiv gegen diese Initiative engagieren.»

die Vorlage. 2002 wurde diese in einer Referendumsabstimmung mit 72 Prozent gutgeheissen. Gleichzeitig schickte das Volk die 1999 eingereichte Verbots-Initiative «Für Mutter und Kind» mit 82 Prozent bachab. Am 1. Oktober 2002 trat die Fristenregelung in Kraft.

Politisch blieb es seither relativ ruhig um die Abtreibungsfrage – bis schliesslich am 26. Januar 2010 die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» startete. (rus)